

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserer Initiative zur **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** haben wir FREIE WÄHLER wieder einmal eine längst überfällige Diskussion angestoßen.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eines der größten Ärgernisse für die Menschen in Bayern beseitigen. Nach der derzeitigen Regelung müssen sich einzelne Anwohner mit bis zu sechststelligen Beträgen am Ausbau der Straßen beteiligen – ohne Mitspracherecht und ohne erkennbare Vorteile für die Grundstückseigentümer. Das muss sich ändern! Die Steuereinnahmen



sprudeln und der Freistaat ist durchaus in der Lage, den Ausbau von Anliegerstraßen selbst zu bezahlen. Konkret sieht unser Gesetzentwurf vor, das Kommunalabgabengesetz und das Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich dementsprechend zu ändern.

Die Mehrbelastung der Kommunen könnte durch eine Erhöhung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugersatzsteuerverbund aufgefangen werden. Dazu müsste lediglich der kommunale Anteil dieser staatlichen Einnahmen von bislang 50 Prozent auf 75 Prozent erhöht werden.

Die Gesetzesänderung wäre nicht nur für die Grundstückseigentümer vorteilhaft. Auf diese Weise würden wir auch den Verwaltungsaufwand in Städten und Gemeinden reduzieren. Unser Vorstoß hat inzwischen auch bei der CSU erste Bewegungen ausgelöst.

Ihre Redner kündigten am Mittwoch in der Plenardebatte an, die bisherige Regelung, nach der Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben „sollen“, in eine „Kann“-Vorschrift umzuwandeln.

Mit diesem ungenügenden Vorschlag werden wir uns keinesfalls zufriedengeben. Falls die Staatsregierung unseren Weg nicht mitgeht, werden wir FREIEN WÄHLER ein Volksbegehren einleiten.

R ü c k b l i c k

Wir wollen den **Jugendschutz bei Computerspielen ausweiten**.

Derzeit verstärkt sich in dieser Sparte ein Trend, bei dem spielwesentliche Inhalte über sogenannte Beuteboxen (englisch: „loot boxes“) als kostenpflichtige Extras angeboten werden. Wer als Computerspieler diese Zusatzkäufe nicht tätigt, kommt im weiteren Verlauf des Spiels schnell nicht mehr weiter oder bleibt im Spielerfolg deutlich hinter den Mitspielern zurück. Unserer Überzeugung nach gehören solche 'Beuteboxen' gegen Geld eindeutig zum Bereich Glücksspiel. Deshalb fordern wir eine Änderung des Jugendschutzgesetzes sowie die Ergänzung entsprechender Vorgaben der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). Computerspiele, die derartige „Beuteboxen“ oder vergleichbare Inhalte gegen Geld anbieten, sollen erst ab einem Mindestalter von 18 Jahren zu kaufen sein. Denn gerade Kinder und Jugendliche werden durch solche Spielelemente einem starken emotionalen Druck ausgesetzt. Obwohl sie das Spiel längst gekauft haben, sollen und müssen sie oft zusätzliches Geld investieren, um weitere wesentliche Spielelemente zu erwerben. Das fördert bereits in jungen Jahren die Glücksspielsucht. Besonders befeuert hat diese Debatte das kürzlich erschienene Spiel „Star Wars: Battlefront 2. Weitere aktuelle Topspiele mit vergleichbaren Mechanismen sind: Fifa 18, Call of Duty WW2, Assassin's Creed Origins, Destiny 2, Mittel Erde: Schatten des Kriegs, Need for Speed Payback oder Forza 7.

Die **Afrikanische Schweinepest** (ASP) ist im Baltikum und unseren östlichen Nachbarländern weiter auf dem Vormarsch. Mit über 2.600 Fällen hat sich die Zahl in kurzer Zeit mehr als verdoppelt. Mittlerweile ist die ASP bis auf 300 Kilometer an die bayerische Grenze herangerückt und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Schweinehaltung und die Fleischwirtschaft dar. Bei einem tatsächlichen Ausbruch der Schweinepest in Bayern würden Exportverbote und staatliche Bekämpfungsmaßnahmen einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Wir haben

deshalb in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, der drohenden Ausbreitung vorzubeugen. Wichtig sind dabei schnelle Maßnahmen, um den anhaltend hohen Wildschweinbestand in Bayern zu reduzieren. Neben jagdlichen Maßnahmen und der Einhaltung strikter Hygienerichtlinien in der Schweinehaltung ist es zudem notwendig, die Informationskampagnen besonders entlang der Grenzübergänge zu intensivieren. Denn selbst über Wurstwaren aus den Schweinepest-Regionen Osteuropas – die von Reisenden unachtsam weggeworfen und von Wildschweinen oder Hausschweinen gefressen werden – kann die Seuche eingeschleppt werden. Wir fordern daher eine ordnungsgemäße Entsorgung von Lebensmittelresten an Raststätten durch tiersichere Müllbehälter. Zudem muss es streng unterbunden werden, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen, die eine Übertragungsgefahr der Schweinepest darstellen.

Der Alleingang von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt zur Verlängerung des Einsatzes von Glyphosat hat bundesweit Empörung ausgelöst. In einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene zeitnah für ein **Glyphosatverbot** in Deutschland einzusetzen, das deutlich unter der Fünfjahresfrist der EU liegt. Wissenschaft und landwirtschaftliche Fachberatung müssen rasch Konzepte zum Glyphosatausstieg in der Landwirtschaft entwickeln.

Auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses stand diese Woche auch ein Bericht des Bayerischen Innenministeriums zum Thema „**S-Bahn München: Angebotskonzept nach Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke**“. Um die zweite Röhre politisch durchzudrücken, wurde das „Blaue vom Himmel“ versprochen. Umso ernüchternder fiel nun der Bericht des Staatsministeriums aus. Allein die Baukosten haben sich seit 2010 auf heute 3,7 Milliarden Euro verdoppelt und das benötigte Wagenmaterial für unterschiedliche Bahnsteighöhen ist auf dem Markt nicht erhältlich. Für viele S-Bahn-Kunden wird sich die Situation sogar verschlechtern. Die heute schon überlasteten Außenäste werden teilweise seltener bedient und sind noch anfälliger für Störungen. Für viele Pendler bedeutet das gerade in Stoßzeiten noch mehr Verspätungen und Zugausfälle. Zwar soll es auf acht von zwölf Außenästen eine leichte Taktverdichtung sowie Regional-S-Bahnen nach Augsburg, Landshut und Buchloe geben, aber es zeichnen sich auch zahlreiche Verschlechterungen ab. Ein dichter S-Bahn-Takt erhöht auch den Druck für die pünktliche Betriebsabwicklung auf den Mischbetriebsstrecken. Alles in allem ist das vorgestellte Angebotskonzept nicht überzeugend. So müssen Benutzer der

S-Bahnen aus Freising, Tutzing und Ebersberg künftig in Laim bzw. am Leuchtenbergring umsteigen, wenn sie zu Stationen der „alten“ Stammstrecke, wie Richtung Stachus oder Isartor, wollen. Auf der S2 fahren statt sechs nur noch vier Züge und auf der S4 statt neun nur noch acht Züge pro Stunde. Das bedeutet einen Angebotsabbau bis zu 33 Prozent gerade in der Zeit, in der am meisten Fahrgäste unterwegs sind.

Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr.13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434/901513